



Russlandanalysen

Inhalt

<i>Politische Grundstimmungen und Wählerverhalten. Alexander Tschepurenko, Moskau</i>	2
<i>Anhang: Tabellen und Diagramme zum Text</i>	4
<i>Chronik vom 16. bis zum 22. Januar 2004</i>	8

Politische Grundstimmungen und Wählerverhalten

Von Alexander Tschepurenko, Moskau

Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Dumawahlen haben einen Teil der intellektuellen „Eliten“ in Russland und viele Experten im Ausland überrascht. Indes erlaubt eine Einbeziehung der tiefgreifenden Veränderungen der Sozialstruktur, der Werte und Einstellungen der Bevölkerung zum einen eine nüchterne Bewertung des Wahlergebnisses und zum anderen zumindest eine mittelfristige Prognose künftiger Entwicklungen. Eine solche umfassendere Analyse lässt vor allem erkennen, dass sich die soziale Basis der Reformen in Russland wenigstens zwei Mal geändert hat. Die derzeitige politische Führung sieht ihre soziale Basis in erster Linie in der staatlichen Bürokratie, die mittlerweile einen großen Teil der Mittelschicht stellt. Diese Entwicklung hat zur Folge, dass die klassischen liberalen Werte immer weniger Anhänger finden. Der Anteil derjenigen, die für eine verstärkte Rolle des Staates in der Wirtschaft, für eine im Wesentlichen paternalistische Sozialpolitik und für eine äußerst instrumentale Interpretation der Demokratie (Demokratie als Mittel und nicht als Ziel der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung) eintreten, nimmt wieder zu.

Politische Grundstimmungen und Wählerverhalten

Alexander Tschepurenko, Moskau

Die Ergebnisse der Dumawahlen haben einen Teil der intellektuellen „Eliten“ in Russland und viele Experten im Ausland überrascht. Noch eine Woche vor den Wahlen hatten diese Beobachter nicht damit gerechnet, dass die pro-präsidentiale Partei „Einiges Russland“ – ohne mit kleineren Parteien Koalitionen eingehen zu müssen – in der Duma eine verfassungsändernde Mehrheit erreichen könnte. Niemand sah voraus, dass die Kommunisten eine deutliche Niederlage erleiden und dabei auf den dritten Rang im russischen Parlament zurückfallen würden, und dass keine der liberalen Parteien, weder Jabloko noch „Union der Rechten Kräfte“ im Parlament vertreten sein würden. Es glaubte auch niemand, dass der Nationalpopulist Shirinowskij eine zweite Auferstehung feiern könnte und, dass das seltsame Bündnis von linken Keynesianern und „wohlmeinenden“ nationalistischen Intellektuellen, das unter dem Namen „Heimat“ wenige Monate vor den Wahlen gebildet wurde, in der Abgeordnetenzahl mit den Veteranen der russischen Duma, der KPRF und Shirinowskij liberal-demokratischer Partei gleichziehen würde. Die deutlichen Fehleinschätzungen sind vor allem darauf zurückzuführen, dass sich Beobachter in Russland wie im Ausland von emotionalen Bewertungen beeinflussen ließen, statt nüchtern gesellschaftliche Stimmungen und die Kräfteverhältnisse zu analysieren.

Gesellschaftlicher Wandel und Reform

Indes erlaubt eine Einbeziehung der tiefgreifenden Veränderungen der Sozialstruktur, der Werte und Einstellungen der Bevölkerung, die in den letzten Jahren eingetreten sind und die schon lange vor den Wahlen selbst mit unbewaffnetem Auge erkennbar waren, zum einen eine nüchterne Bewertung des Wahlergebnisses und zum anderen zumindest eine mittelfristige Prognose künftiger Entwicklungen.

Eine solche umfassendere Analyse lässt vor allem erkennen, dass sich die soziale Basis der Reformen (bzw. dessen, was die politische Führung gemeinhin als Reformen definiert) in Russland wenigstens zwei Mal geändert hat. Dementsprechend haben sich auch der weltanschauliche Rahmen und die Werthaltungen geändert, an denen sich der eigentliche Hegemon der Transformation orientiert – die herrschende Schicht. Zunächst, während der Periode der „späten“ Perestrojka und in der Anfangsetappe der marktwirtschaftlichen Reformen war dies vor allem die spätsowjetische Mittelklasse, insbesondere ihre unteren und mittleren Segmente – Bergarbeiter, Lehrer, Ärzte und ein Teil der Ingenieure (außerhalb des militärisch-industriellen Komplexes). Sie alle waren überzeugt,

dass sie über ein großes Humankapital verfügten, für ihre Arbeit aber nicht ausreichend entlohnt würden. Sie hatten naive und romantische Vorstellungen von Marktwirtschaft und Demokratie.

Der Gajdar'sche Reformansatz brachte gerade diese Bevölkerungsgruppen an den Rand der Armut. Infolgedessen wandten sich gerade die Schichten, die die Demokraten in den späten 1980ern und frühen 1990ern unterstützt hatten, von den Reformen enttäuscht ab. Ihre Interessen waren es, die der Oberste Sowjet bis zu seiner gewaltsamen Auflösung im Oktober 1993 gegen Präsident Jelzin verteidigte.

An die Stelle der sozialen Massenbasis für die Reform traten nun die zukünftigen Oligarchen, das heißt jene jungen und energischen Vertreter der „Komsomolwirtschaft“ der späten 1980er Jahre, denen es während der Privatisierung gelang, Kontakte mit Politik und Apparaten zu knüpfen und diese Beziehungen ihren Interessen nutzbar zu machen. Es etablierte sich ein „Amigo-Kapitalismus“. Zugleich rekrutierte sich aus Teilen der Bevölkerung, die sich der neuen Lage anpassten und willens waren, die Verantwortung für die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen, ein Kleinunternehmertum. Die Regierung unterstützte die Kleinunternehmer nicht, störte sie aber auch nicht in ihren Aktivitäten. Oligarchen und Kleinunternehmer, nach Vermögen, Beruf und Bildung sehr unterschiedlich, wurden Mitte der 1990er Jahre zur sozialen Basis des Jelzin'schen Regimes.

Mit dem Übergang in das neue Jahrhundert kam es wiederum zu tief greifende Veränderungen. Zum einen ging die Periode der „ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“ im Großen und Ganzen zu Ende. Gleichzeitig nahmen Druck und Erpressung von Seiten der staatlichen Kontrollorgane zu. Für das Kleinunternehmertum bedeutete dies ein Ende der Aufstiegsmöglichkeiten.

Auf der anderen Seite führte aber die günstige Entwicklung der internationalen Rohstoffmärkte dazu, dass Russland seit 1999 ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erlebt. Dieses begünstigt auch die großen privatisierten Unternehmen, von denen etliche noch 1998 vor dem Aus gestanden hatten. Gleichzeitig sind die Löhne schnell gewachsen und eine gewisse Liberalisierung der Steuern führte dazu, dass ein Teil des „Schatteneinkommens“ legalisiert wurde. Im Ergebnis festigte sich bei einer breiten Bevölkerungsschicht die Überzeugung, dass die Chancen, als selbständiger Unternehmer Erfolg zu haben, gering seien, während Lohnarbeit ein verlässlicher und weniger arbeitsintensiver Weg sei, einen ausreichenden Lebensstandard zu sichern.

Lobbies und Interessengruppen

Während die Vertreter der Kleinunternehmer grundsätzlich nicht zu einem geschlossenen Auftreten gegenüber der Politik fanden, waren zwei andere kleine Interessengruppen – Oligarchen und bürokratische Oberschicht – ausgesprochen einflussreich. Während bei den Oligarchen ein Konsens nur in extremen Fällen möglich war (etwa bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1996) und sie sich ansonsten bis aufs Messer bekämpften, organisierten sich die leitenden Mitarbeiter der staatlichen Bürokratie als ein geschlossenes, durch gemeinsame Interessen geeintes korporatives Ganzes. Für sie – die „Tschinowniki“ – sind Wohlstand und Karrieremöglichkeiten eng verbunden mit dem Putinschen Konzept von gelenkter Demokratie und Markt verbunden.

In Ermangelung anderer sozialer Gruppen, auf die sie sich stützen könnte, sieht die heutige russische Staatsmacht ihre soziale Basis in erster Linie in der Bürokratie und ergänzend in jenem Teil der Privatunternehmer, der bereit ist, die neuen Spielregeln zu befolgen, und in der großen Gruppe der Angestellten, die aus öffentlichen Haushalten bezahlt werden.

Die „Tschinowniki“ – die Staatsbeamten – insbesondere die in höheren und mittleren Rängen, bilden heute den Kern der russischen Mittelklasse. Sie sind der gebildetste, materielle abgesichertste und selbstbewussteste Teil der Gesellschaft, der sich seiner Zukunft sicher ist und die Agenda des politischen Lebens diktiert. Die „Tschinowniki“ stellen heute die überwältigende Mehrheit der russischen Mittelklasse, nicht der verwestlichte Teil der intellektuellen Eliten, an denen sich die Führer der Wahlverlierer „Union der Rechten Kräfte“ und „Jabloko“ orientierten. Der echte, d.h. durch die „Tschinowniki“ repräsentierte russische Mittelstand, stimmte in der überwiegenden Mehrheit für die Putin-nahe Partei „Einiges Russland“.

Einen Einblick in die Vorstellungen dieser Gruppe, ihrer Ansichten zu fundamentalen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung, gibt eine Umfrage, die im Sommer 2003, also kurz vor den Dumawahlen, in ganz Russland durchgeführt wurde. Sie zeigt deutlich, dass das Kredo dieser bürokratischen Mittelschicht ein „starker Staat“ und „law and order“ sind. Marktwirtschaft findet nur soweit Zustimmung, wie sie für Wirtschaftswachstum als notwendig erachtet wird. Die Bürokratie wird als zentraler Gestalter gesellschaftlicher Veränderungen wahrgenommen. Offensichtlich verkörpert die Politik Putins, die eine Verbindung liberaler wirtschaftspolitischer Ziele mit bürokratischen Methoden ihrer Implementierung ist, diese Vorstellungen und Erwartungen (vgl. Tabelle 1 bis 4). Gleichzeitig decken sie sich mit der

Haltung breiter Schichten der russischen Bevölkerung.

In der russischen Gesellschaft war dies keineswegs immer so. Noch Mitte der 1990er Jahre waren Grundwerte einer liberalen Gesellschaft, zum Beispiel Freiheit des Wortes, Bewegungsfreiheit und unternehmerische Freiheit, im Massenbewusstsein verwurzelt und hatten, trotz einer nüchternen Bewertung der äußerst schwierigen Lage im Land, ziemlich viele Anhänger.

Zu Anfang des 21. Jahrhunderts schlug die Stimmung um. Die klassischen liberalen Werte finden immer weniger Anhänger. Der Anteil derjenigen, die für eine verstärkte Rolle des Staates in der Wirtschaft, für eine im Wesentlichen paternalistische Sozialpolitik und für eine äußerst instrumentale Interpretation der Demokratie (Demokratie als Mittel und nicht Ziel der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung) eintreten, nimmt wieder zu (Tabelle 5).

Hoffnung auf Reform und politisches Umdenken?

Trotz einer nach wie vor großen Popularität Präsident Putins als konsolidierendem Faktor darf man nicht übersehen, dass die Bevölkerung die Ergebnisse seiner ersten Amtsperiode, was wichtige Rechte, Freiheiten und soziale Garantien angeht, sehr kritisch bewertet (Tabelle 6). Die gesellschaftliche Meinung drängt die politische Führung also, von der derzeitigen Pseudostabilität Abschied zu nehmen und eine umfangreiche und energische soziale, wirtschaftliche und politische Transformation einzuleiten.

Offensichtlich sind für die Fortsetzung der Reformen eine Reihe ernsthafter gesetzgeberischer und administrativer Schritte notwendig. Die Verwirklichung solcher Maßnahmen verlangt von der Präsidentenpartei „Einiges Russland“ etwas mehr als bloße Ergebnisadressen. Dadurch könnte es innerhalb der Partei zu Spaltungen zwischen Anhängern einer liberaleren Linie und Konservativen kommen.

Langfristig hängt der Übergang zu einer konsequenteren und energischeren sozialen und wirtschaftlichen Transformation von wenigstens zwei wichtigen Faktoren ab. Zum einen hat sich in Russland, ungeachtet der ungünstigen Bedingungen, eine breite Schicht gebildet – von Geschäftsleuten und Topmanagern bis zu Freiberuflern –, die die Verantwortung für sich selbst in die eigenen Hände genommen haben. Sie können zeitweise die Bürokratie auf ihrem Weg begleiten, sie werden aber niemals eine weitgehende Kontrolle ihrer Aktivitäten akzeptieren. Zum andern zeigen alle Meinungsumfragen der letzten Jahre, dass die Ausbildung der Kinder bei der Verwendung der begrenzten Ressourcen der Bevölkerung Priorität genießt. Sogar die ärmeren Schichten wenden

einen bedeutenden Teil ihrer Ressourcen dafür auf. Heute erhalten mehr als 55% der Jugendlichen über 18 Jahre eine Hochschulausbildung, was die entsprechenden Indikatoren der Sowjetzeit um ein Vielfaches übertrifft. Es wird schwer sein, einer solchen Bevölkerung ein Staats- und Gesellschaftsmodell aufzuzwingen, bei dem sie im Gleichschritt mit der Staatsmacht voranschreiten

soll. Viel eher wird die Staatsmacht auf die Gesellschaft Rücksicht nehmen müssen.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Redaktion: Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder

Über den Autoren

Prof. Dr. Alexander Tschepurenko ist Direktor des Russischen Unabhängigen Forschungsinstituts für Soziale und Nationale Probleme (RUF) in Moskau.

Lesetipps:

IKSI RAN: Lebensumstände und Einstellungen von Armen und Reichen in Russland. Ergebnisse einer landesweiten Umfrage, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 50 (Oktober 2003) [Zum Preis von 4 Euro + Porto zu bestellen bei fsopr@uni-bremen.de]

Alexander Tschepurenko: Die Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in der russischen Gesellschaft, in: Hans-Hermann Höhmann, Hans-Henning Schröder (Hg.): Russland unter neuer Führung, Münster (Agenda-Verlag) 2001, S.201–215

Alexander Tschepurenko: Die Verwurzelung des Unternehmertums in der russischen Gesellschaft, in: Christian Meier, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.): Ökonomie – Kultur – Politik. Transformationsprozesse in Osteuropa. Festschrift für Hans-Hermann Höhmann, Bremen (Edition Temmen) 2003, S.145–161

Alexander Tschepurenko: Der russische wirtschaftspolitische Stil in der Zeit der Reformen, in: Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines (Hg.): Wirtschaftspolitik in Osteuropa zwischen ökonomischer Kultur, Institutionenbildung und Akteursverhalten. Russland, Polen und Tschechische Republik im Vergleich, Bremen (Edition Temmen) 2003, S.94–104

Anhang: Tabellen und Diagramme zum Text

*Tabelle 1: Welcher der folgenden Ideen stimmen Sie zu?
(in % der betreffenden Bevölkerungsschicht, bis zu 3 Antworten möglich)*

<i>Ich bin für...</i>	<i>Mittelschicht</i>	<i>Übrige Bevölkerung</i>	<i>Differenz</i>
Einen starken Staat	49,7%	47,5%	2,2%
Freiheit und Bürgerrechte, gegen staatliche Willkür	31,6%	25,6%	6,0%
Schutz der armen Bevölkerungsschichten	24,2%	40,8%	-16,6%
Begrenzung des Zustroms von Immigranten	18,9%	20,5%	-1,6%
Entwicklung des Markts	14,4%	5,8%	8,6%
Bessere Erfolgchancen für Qualifizierte	10,7%	5,4%	5,3%
Stärkung der Autonomie der Regionen	9,9%	7,1%	2,8%
Mehr Selbstverwaltung und Arbeitnehmerrechte	7,6%	9,2%	-1,6%
Schwer zu sagen	9,8%	9,4%	0,4%

Tabelle 2: Freiheit oder Gerechtigkeit – welche Ordnung würden Sie bevorzugen?

Die gesellschaftliche Ordnung sollte beruhen auf...	Mittelschicht		Übrige Bevölkerung	
	1999	2003	1999	2003
Freiheit des Individuums	46,8%	36,6%	42,5%	19,2%
Sozialer Gerechtigkeit	24,3%	38,9%	28,5%	55,5%
Schwer zu sagen	28,9%	24,4%	29,1%	25,3%
	100,0%	99,9%	100,1%	100,0%

Tabelle 3: Befindet sich Russland auf dem Weg in eine gute Zukunft? (in % der betreffenden Bevölkerungsschicht)

Dieser Weg...	Mittelschicht	Übrige Bevölkerung
Ist richtig, Russland wird Erfolg haben	64,9%	46,1%
Ist falsch, wird Russland in eine aussichtslose Lage bringen	32,9%	50,9%
Weiß nicht	2,2%	3,0%
	100,0%	100,0%

Tabelle 4: Was glauben Sie, welcher Staatstypus im Verhältnis zur Wirtschaft entspricht eher den Interessen Russlands? (nur eine Antwort)

Ein Staat, welcher...	Mittelschicht	Übrige Bevölkerung
...die Zentralsteuerung der Wirtschaft und Preiskontrolle wiederherstellt	18,2%	28,5%
...seine Einmischung in die Wirtschaft minimieren wird und der Privatinitiative maximale Freiheit einräumt	8,9%	4,5%
.. welcher den staatlichen Sektor wiederherstellt, dabei aber Freiräume für wirtschaftliches und politisches Engagement der Bürger zulässt	46,4%	34,4%
Staatstypus spielt keine Rolle, das Land braucht einen Führer, welcher die gesamte Verantwortung für Russland übernimmt und eine entschlossene Politik durchführt	19,3%	23,3%
Schwer zu sagen	7,2%	9,4%
	100,0%	100,1%

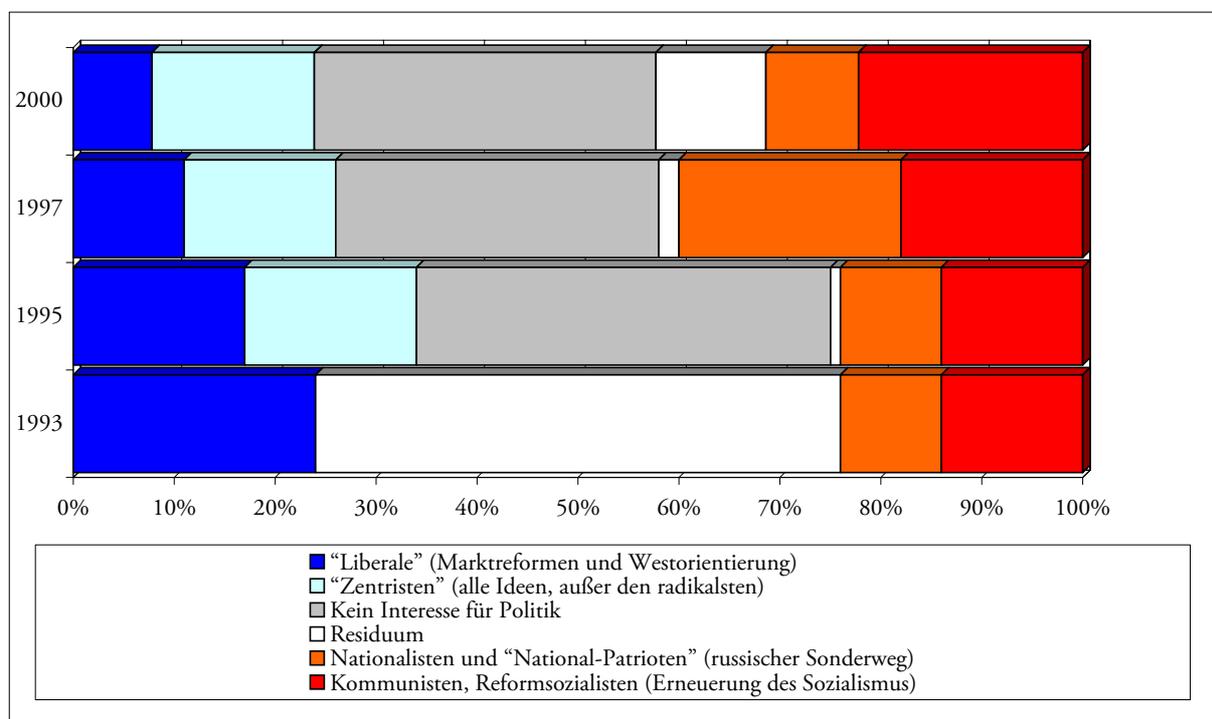
Quelle der Tabellen 1–4: Erhebung des Instituts für Komplexe Sozialforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung Moskau 2003 (Erhebung - Sommer 2003, N=2106 Befragte) <www.iksiran.ru>

Tabelle 5: Anhänger unterschiedlicher Gesellschaftsmodelle in der russischen Bevölkerung (in %)

Anhänger von:	1993	1995	1997	2000
radikalen Marktreformen und Annäherung an den Westen („Liberale“)	24,0%	17,0%	11,0%	7,8%
Wiedergeburt der russischen Nation und russischem Sonderweg (Nationalisten und „National-Patrioten“)	10,0%	10,0%	22,0%	9,2%
Wiedergeburt / Erneuerung des Sozialismus (Kommunisten, Reformsozialisten)	14,0%	14,0%	18,0%	22,2%
Anwendung verschiedener Ideen und Konzepte, außer den radikalsten („Zentristen“)	k.A.	17,0%	15,0%	16,1%
Kein Interesse für Politik	k.A.	41,0%	32,0%	33,8%
Residuum	52,0%	1,0%	2,0%	10,9%

Quellen: gesamtrossische Befragungen des Russischen Unabhängigen Forschungsinstituts für Soziale und Nationale Probleme (RUFİ) (N - jeweils 1700 bis 2100 Befragte), bis zu 100% fehlende Summen – keine Antwort

„Welches Gesellschaftmodell unterstützen Sie?“



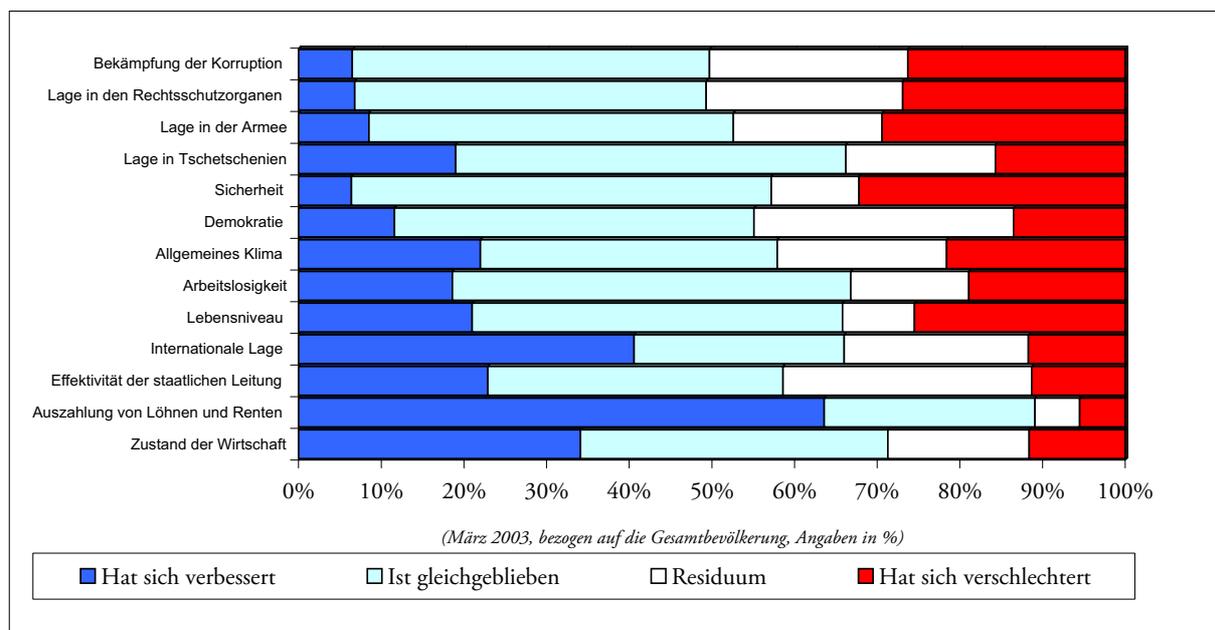
Quelle: Tabelle 5

Tabelle 6: Bewertung der Veränderungen der Lage der Nation im Verlauf der ersten Amtsperiode von Präsident Putin (März 2003, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, Angaben in %)

	<i>Hat sich verbessert</i>	<i>Ist gleichgeblieben</i>	<i>Hat sich verschlechtert</i>	<i>Residuum</i>
Allgemeiner Zustand der russischen Ökonomie	34,1%	37,2%	11,6%	17,1%
Pünktlichkeit der Auszahlung von Löhnen, Renten und Sozialtransfers	63,6%	25,5%	5,5%	5,4%
Effektivität der staatlichen Führung des Landes	22,9%	35,7%	11,3%	30,1%
Internationale Lage des Landes	40,6%	25,4%	11,7%	22,3%
Lebensniveau der Bevölkerung	21,0%	44,8%	25,5%	8,7%
Problem der Arbeitslosigkeit	18,6%	48,2%	18,9%	14,3%
Allgemeines psychologisches Klima im Lande	22,0%	35,9%	21,6%	20,5%
Zustand der Demokratie im Lande	11,6%	43,5%	13,5%	31,4%
Sicherheit der Bürger	6,4%	50,8%	32,2%	10,6%
Lage in Tschetschenien	19,0%	47,2%	15,7%	18,1%
Lage in der Armee	8,5%	44,1%	29,4%	18,0%
Lage in den Rechtsschutzorganen (Gerichte, Innenministerium, Staatsanwaltschaft)	6,8%	42,5%	26,9%	23,8%
Bekämpfung der Korruption	6,5%	43,2%	26,3%	24,0%

Quelle: *Arme und Reiche im heutigen Russland / Erhebung des Instituts für Komplexe Sozialforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung Moskau 2003 (März 2003, N = 2100).*

„Wie haben sich folgende Bereiche in der Amtszeit Präsident Putins verändert?“



Quelle: Tabelle 6

Chronik vom 16. bis zum 22. Januar 2004

16.1.2004	Die Duma beschließt über die Besetzung ihrer Komitees. Die Fraktion „Einiges Russland“ erhält den Vorsitz in allen 28 Dumakomitees.
19.1.2004	Gründung eines Komitees „2008: Freie Wahl“. In einer öffentlichen Erklärung wird das „Regime der persönlichen Macht des Präsidenten“ kritisiert. Das Komitee will sich für freie Wahlen eines neuen Präsidenten im Jahr 2008 einsetzen. Ihm gehören u.a. an: Boris Nemzow (SPS-Kovorsitzender), Jewgenij Kiseljow (Chefredakteur der Wochenzeitung „Moskowskie nowosti“), Dmitrij Muratow (Chefredakteur der „Nowaja gaseta“) und Irina Jasina (Leiterin des Fonds „Offenes Russland“).
20.1.2004	Während eines Staatsbesuchs des russischen Verteidigungsministers Sergej Iwanow in Indien unterzeichnet der Generaldirektor des Staatlichen Einheitsbetriebes „Rosoboronexport“, Andrej Beljaninow, eine Reihe von Verträgen, mit denen der Flugzeugträger „Admiral Gorskow“ an die indische Kriegsmarine verkauft wird. Die Gesamtsumme des Vertragspakets, das den Flugzeugträger, die Kampfjets sowie Ausbildungs- und Serviceleistungen umfaßt, beträgt 1,5 Milliarden Dollar.
20.1.2004	Putin empfängt den Präsidenten der Weltbank, James Wolfensohn. Im Rahmen des Treffens erklärt Putin, dass Russland eine neue Reformetappe einleite, die vor allem auf beschleunigtes Wirtschaftswachstum, Armutsbekämpfung und Ausbau der Infrastruktur gerichtet sei. Wolfensohn äußert sich anschließend positiv über die russischen Wirtschaftsreformen.
20.1.2004	Geschlossenes Treffen Putins mit führenden politischen Kommentatoren der großen Fernsehsender. Keiner der Beteiligten äußert sich zum Inhalt des Treffens. Gerüchten nach geht es um die Präsentation des Präsidentschafts-Wahlkampfes in den Medien.
20.1.2004	Das Gericht des Twersker Rayon (Moskau) spricht in vier Fällen den Hinterbliebenen von Opfern der Geiselbefreiungsaktion im Musicaltheater im Oktober 2002 Schadenersatz zu, den die Stadt Moskau zahlen soll. Bei der Geiselnahme und dem Polizeieinsatz waren 130 Personen getötet worden, 700 weitere erlitten Verletzungen.
20.1.2004	Im Vorfeld des Parteitages, der für den 24.1. anberaumt ist, tritt Boris Nemzow vom Vorsitz der „Union Rechter Kräfte“ zurück. Seit die Partei bei der Dumawahl im Dezember an der 5%-Hürde gescheitert ist, befindet sie sich in einer tiefen Krise.
20.1.2004	Nach einer Umfrage des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts VCIOM-A liegt Präsident Putin bei den Präsidentschaftswahlen weit in Führung. 80% wollen für ihn stimmen. An zweiter Stelle liegt Sergej Glasjew mit gerade einmal 3%. Nur 2% erklärten gegen alle Kandidaten stimmen zu wollen. 9% sind nach eigenen Angaben noch unentschieden.
20.1.2004	Der persönliche Internetauftritt von Präsident Putin für russische Schüler geht online unter www.uznyprezidenta.ru
22.1.2004	Die russische Ölfirma Jukos, die seit Sommer 2003 Gegenstand umfangreicher staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen ist, reicht nach Vorwürfen von Steuerhinterziehung im großen Stil beim Moskauer Schiedsgericht gegen das russische Steuerministerium Klage wegen Geschäftsschädigung ein.

Die Russlandanalysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

© 2003 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>